

A N H A N G 4

**(I) Veröffentlichung in der Bad Nauheimer Stadtzeitung vom
09.05.2003, Ausgabe Nr.595, S.2**

**Gewerkschaften haben Mehrheit Zwei Drittel der
Regierungskoalition sind Gewerkschaftsfunktionäre. Warum
wurde mit diesen Mehrheiten der Sozialstaat kaputtgemacht?**

*Verbände und Gewerkschaften unterminieren die Fundamente
des Sozialstaates und des Wohlstandes: So wird das Volk in die
Massenarmut geführt.*

Die deutschen Gewerkschaften verfügen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion über eine beeindruckende Hausmacht: Von 251 Abgeordneten der SPD-Fraktion sind 186 gleichzeitig Mitglieder des DGB. Bei der CDU sind 10 Gewerkschaftsmitglieder unter den 248 Abgeordneten, bei den Grünen 13 Gewerkschafter von 56 Abgeordneten, bei der FDP ein Gewerkschaftsmitglied von 47 Abgeordneten und in der PDS ein Gewerkschaftsmitglied bei insgesamt zwei Abgeordneten. Von insgesamt 604 Abgeordneten im Deutschen Bundestag gehören also 211 Mitglieder gleichzeitig dem DGB an: Eine Streitmacht für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt? Wohl kaum. Innerhalb der Schröder-Regierung haben die Gewerkschaften praktisch eine Zwei-Drittel-Mehrheit, doch für den sozialen Fortschritt wurde in den letzten fünf Regierungsjahren nichts erreicht. Weder der deutsche Staat noch die Unternehmen wurden für die kommenden Herausforderungen fit gemacht. So können die Errungenschaften des deutschen Wirtschaftswunders nicht im weltweiten Kampf um Arbeitsplätze und Aufträge verteidigt werden.

Das bedeutet nicht, dass man auf dem anderen Auge blind sein dürfte: Allzu viele Subventionen an marode Wirtschaftszweige haben die konservativen Parteien zu vertreten. Und Reformdynamik findet man auch bei den konservativen Parteien nicht im Übermaß. Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Berufsgruppen und Wirtschaftszweige haben sich in einer Beamten- und Verbändedemokratie bequem eingerichtet: Nur eines wurde noch nicht erfunden: Die Kuh, die im Himmel gefüttert wird und auf der Erde gemolken werden kann.

Die Realitätsferne der deutschen Verbandstümelei

Verbände und Gewerkschaften können und wollen nicht die Realität wahrnehmen, auf die der Kanzler immer wieder zu sprechen kommt: Die demographische Kurve in Deutschland oder die Alterspyramide stimmt nicht mehr mit der Rentenformel und den Beitragsberechnungsgrundlagen überein. Löhne und Produktivität passen nicht mehr zusammen, aber nicht etwa, weil das Volk nicht fleißig genug wäre, sondern weil das Volk - etwa so wie vor der französischen Revolution - immer mehr Kosten und Lasten aufbringen muss, die dieser Beamten- und Verbändeapparat verschlingt. Die Veralterung der deutschen Bevölkerung erfordert zusätzlich ein Umdenken.

Ein Sozialstaat auf neuer Grundlage und eine insolvenzresistente Wirtschaft müssen geschaffen werden.

Muss dies alles bedeuten, dass jetzt viele erkämpfte Fortschritte des Sozialstaates (Alters- und Krankenversicherung, Kündigungsschutz, Urlaub usw.) geopfert werden? Die Antwort darauf kann nur ein klares NEIN sein. Unsozial darf die Bundesrepublik Deutschland deshalb unter keinen Umständen werden. Aber es gilt Abschied zu nehmen von vielen falschen Vorstellungen über den Sozialstaat und von vielen eingeschlichen Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten, die sich unser Staat und wir uns nicht mehr erlauben können.

Wie groß ist die Kampfkraft der deutschen Volkswirtschaft?

Eine Gesellschaft kann sich im Innenbereich nur so viel an Sozialstaat erlauben, wie die Volkswirtschaft unter den erschwerten Bedingungen der sog. Globalisierung im Außenwirtschaftsbereich an Liquidität, Geldfluss und Wohlstand erkämpfen kann. Und hier sieht es bei der Betrachtung der sog. Deutschland AG sehr schlecht aus: Noch vor einigen Jahren wurden die fünfzig mächtigsten Konzerne in der Bundesrepublik stolz als die "Deutschland AG" bezeichnet: Weltbegriffe wie Mercedes, Bayer, BASF, RWE, Allianz, Deutsche Bank lösten im In- und Ausland Ehrfurcht aus - vor dem technologischen Know How, vor der finanziellen Stärke, vor der hohen Professionalität. Banken, Versicherungen, Handel, Energie, Chemie, Fahrzeug- und Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau waren die Paradiesdisziplinen der deutschen Wirtschaft. Hierauf gründete sich der Stolz der deutschen Nation nach dem Krieg, dessen Urvater Ludwig Erhard war: Dank des Wirtschaftswunders war Deutschland wieder wer. Teilweise gilt das heute noch, aber in vielen Bereichen sprechen Bilanzspezialisten inzwischen nur noch von der "Blendwerk AG": Hinter den Fassaden angeblich solider Bilanzen versteckt sich das eigentliche Problem: Nicht genügend Liquidität für Zukunftsinvestitionen, für die Aus- und

Weiterbildung, keine Rückstellungen für Mitarbeiterpensionen und Betriebsrenten, und jetzt sind auch noch die Lebensversicherungen ins Gerede gekommen: Einige Lebensversicherungsinstitute bestanden den sog. "Stresstest" der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nicht: Im Klartext: Würde die Börsenkurse nochmals um 20 % nachgeben, sind Auszahlungen nach den Feststellungen der obersten Bundesaufsichtsbehörde für das Versicherungswesen gefährdet. Was ist also aus der Altersversicherung für das Volk geworden, wenn man bedenkt, dass es bei der staatlichen Rentenversicherung noch schlechter aussieht: Diese kommt ohne Milliardenzuschüsse des Bundes aus dem Steueraufkommen allein nicht mehr über die Runden. Doch die Steuereinnahmen sind rückläufig: Die nimmersatte Regierung hat den Wirtschaftsmotor selbst zum Erlahmen gebracht, nicht nur durch ständige Steuererhöhungen und durch neue Steuern, sondern vor allem durch die gigantische Kapitalabschöpfung in den letzten Jahren.

Misstrauen in die Zuverlässigkeit der Behörden, der Börse, der Kapitalmärkte und in die Regierungsfähigkeit kostet Wachstum und Wohlstand.

Das Vertrauen in die Wirtschaft ist in allen Bereichen gesunken. Für Deutschland sind wichtige Auslandsmärkte verloren gegangen. Die internationale Bedeutung ist kleiner geworden; andere Blöcke wie China, Asien, Indien usw. holen mit riesigen Schritten auf. Dass deshalb Reformen nach der AGENDA 2010 erforderlich sind, kann niemand bestreiten. Die Kosten für das Gesundheitswesen müssen sinken. Denn da gibt es erschreckende Zahlen: Die 10-Jahres-Betrachtung des *Statistischen Bundesamtes* zum Gesundheitswesen in der *Bundesrepublik Deutschland* zeigt, dass *Deutschland* nicht nur bei den Gesundheitsausgaben weiterhin „Weltspitze“ ist, sondern dass die Ausgaben rund um das Gesundheitswesen in der Zukunft trotz aller Kostendämpfungsgesetze noch weiterhin steigen werden. Nur die *USA* und die *Schweiz* geben noch mehr für die Gesundheit aus, unbestrittener Maßen eine der reichsten Nationen der Erde. Nach den Daten des *Statistischen Bundesamtes Wiesbaden* wendete die *Bundesrepublik Deutschland* im Jahre 2000 ca. 10,6 % ihres Brutto-Inlandsproduktes (*BIP*) für den Gesundheitssektor auf. Die Kostendämpfungsgesetze bewirkten lediglich, dass die Privathaushalte einen immer größeren Anteil der Gesundheitskosten selbst zu tragen haben, was bedeutet, dass die private Kaufkraft vermindert wird. Im Jahre 2001 hatten die Privathaushalte ca. 47 % der Gesamtkosten für das Gesundheitswesen = ca. 138,6 Milliarden Euro zu zahlen. Die gesetzlichen Krankenversicherungen und die Arbeitgeber tragen bislang den Löwenanteil dieser Gesundheitskosten^[1]. Rund 90 % der *Deutschen* sind über die gesetzlichen Krankenkassen versichert.

Das *öffentliche* und *private Gesundheitswesen* in der *Bundesrepublik Deutschland* ist mit *4,1 Millionen* Beschäftigten eine der größten Arbeitgeber: Jeder *zehnte* Beschäftigte in der *Bundesrepublik Deutschland* ist im *Gesundheitswesen* tätig. Doch langfristig ist das binnenwirtschaftlicher Konsum und nicht die Investition in Zukunftsmärkte. Und noch eine Beobachtung ist besorgniserregend: *Deutschland* droht in den nächsten Jahren ein Ärzte-Notstand. Zwischen *1994* und *2001* sank die Zahl der Absolventen des Medizinstudiums um *23 %*. Viele junge Ärzte wandern in das Ausland ab, da der Arztberuf für viele junge Menschen in *Deutschland* nicht mehr attraktiv ist. Statt mit einer Niederlassung seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit anzustreben und zu erreichen, müssen die Ärzte ihr wirtschaftliches Schicksal in die Hände von Gesundheitspolitikern legen, die mit dirigistischem Ehrgeiz und täglich neuen Verwaltungsvorschriften das Gesundheitswesen in die Illiquidität führen. Auch das muss geändert werden.

Die Insolvenzenlawine überrollt Deutschland und zerstört den Aufschwung.

Es gibt aber viele erschreckende Zahlen: Nach 40.000 Insolvenzen im Jahre 2002 jetzt vielleicht sogar 70.000 im Jahre 2003? Oder aber 5, vielleicht sogar 6 Millionen Arbeitslose Ende 2003? Bei den Staats- und Konzernlenkern macht sich Ratlosigkeit breit: Eine Kommission jagt die andere, erst Hartz, dann Rürup, dann der Superminister für Wirtschaft und Arbeit, aber die Spirale aus Geldknappheit, Arbeitslosigkeit und Mutlosigkeit dreht sich immer weiter.

Es gibt kein Allheilmittel - aber viele kleine Schritte in die richtige Richtung.

Wo müssten die Reformen in Deutschland beginnen? Diese Frage werden und die Politiker nicht vollständig beantworten wollen und auch nicht können. Denn die Reform Deutschlands muss bei der Politik selbst beginnen. Der Stellen- und Kostenapparat ist viel zu hoch; hier reicht kein Abspecken, sondern nur eine Radikalkur. Den Herausforderungen aus Globalisierung, EDV-Vernetzung der Welt, der Internationalisierung von Handel und Geldverkehr sind unsere Politiker nicht gewachsen. Denn unser Typ von Politiker und Verbandfunktionär, wie er in der Verbändedemokratie seit jetzt fünfzig Jahren gezüchtet wird, wird durch zwei Charakteristika gekennzeichnet: Völlig unsensibel für Sozialverträglichkeit und nicht lernfähig bei Zukunftsfragen. Es gibt keine Institution, die wie eine Unternehmensberatung durch den Deutschen Bundestag laufen und feststellen könnte: Wo sind denn hier eigentlich noch die

Profit-Center? Was kosten 604 Bundestagsabgeordnete und weitere ca. 2000 Landtagsabgeordnete in Deutschland, pro Jahr, bei der Rentenansprüchen der Herren Abgeordneten, bei den Auslagen, den Aufwandsentschädigungen, bei der Ausstattung von Gebäuden, z.B. 1, 4 Millionen für das neue Dienstzimmer des obersten Bundesverwalters für bald 5 Millionen Arbeitslose? Wo ist hier das Lean-Management?

Gemessen an anderen Ländern, ist der politische Entscheidungsapparat in Deutschland viel zu aufgebläht, drastisch zu teuer, ein riesiger Wasserkopf. Andere Länderparlamente sind kleiner, effektiver, leistungsfähiger und schneller, vor allem aber: Billiger. Das Niveau einer Demokratie bemisst sich eben nicht nach der Zahl seiner Abgeordneten. Hier gibt es jede Menge Einsparpotential, aber auch bei den obersten Behörden. Es ist klar, dass die Politiker diese Frage nach ihrem eigenen Marktwert noch nicht gestellt haben. Doch die Rationalisierung kann nicht immer nur den Industriearbeiter und Dienstleistungsangestellten treffen, von dem immer mehr verlangt wird. Es kann nicht sein, dass müssen immer weniger Steuer- und Beitragszahler für immer mehr Politiker das Gehalt erwirtschaften müssen. Dass die Renten für jemanden erwirtschaftet werden müssen, der selbst 40 Jahre gearbeitet hat, das ist soziale Verpflichtung, aber für vier Jahre der Zugehörigkeit zu einem Landesparlament? Dafür kann es eben noch keine Altersversorgung geben. Hier gibt es noch viel zu tun - aber der Bürger muss das anpacken. Das heißt: Direktmandate nur noch an Wahlkandidaten, die sich für eine Halbierung aller Staatsregierungskosten innerhalb eines Jahres einsetzen - unabhängig welcher Partei man angehört oder wählt.

Wie verhindert die staatliche Wirtschaftspolitik die Insolvenzapokalypse?

Die staatliche Wirtschaftspolitik ist aufgerufen, eine ganzheitliche Konzeption zur Verhinderung von Insolvenzen zu entwickeln. Aber der Bundeskanzler hat nur dann ein offenes Ohr für Sanierungskredite, wenn sie zu hunderten Millionen oder noch besser in zweistelligen Milliardensummen wie jetzt bei der Gründung der Bad Bank an Banken und Konzerne verteilt werden. Kaum jemand hat die Frage gestellt, welche Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik betrieben werden muss, um einem Wegsterben von Betrieben entgegenzuwirken. Der Staat hat zur Finanzierung seines Beamten- und Pensionsapparates über die T-Aktienemissionen und über die UMTS-Lizenzen in den letzten Jahren über 230 Milliarden Euro aus dem Kapitalmarkt entzogen. Dieses Geld fehlt für die Wirtschaft. Das ist die Wahrheit. Diese Summen können nicht einfach anderswo wieder hergeholt werden.

Die Bundesregierung hat die Kapitalversorgung der kleinen und mittleren Betriebe viel zu lange als Problem aus dem Auge verloren. Jetzt ist Handeln angesagt. Denn stirbt der Mittelstand, stirbt auch die deutsche Wirtschaft. Wir brauchen deshalb wieder eine verlässliche Versorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Kapital - Zukunftsträchtige Ideen - Know How und Fleiß sind in Deutschland im Überfluss vorhanden. Dafür muss der Verwaltungsapparat abgebaut werden. Eine Nation wie die *USA* mit einem Zeitunterschied von sechseinhalb Stunden von der Ost- zur Westküste mit 270 Millionen Einwohnern und 10 Millionen Quadratkilometer Land verbraucht nicht so viel Geld für Bürokratie wie die Bundesrepublik Deutschland. In Deutschland gibt es Gegenden, in dem es im Umkreis von 4 Kilometern vier Bauämter, zwei Bürgermeister und drei Gemeindeverwaltungen gibt, und das für eine Einwohnerzahl, die in den *USA* gerade einmal als Vorort einer Kleinstadt gelten würde. Erst wenn Deutschland wieder die besten Kindergärten, die besten Schulen, die besten Berufsausbildung für Lehrlinge, Gesellen und Meister und die besten Universitäten hat, dann wird Deutschland auch wieder vorne liegen und sich auch die Bewunderung der Welt für Fleiß und Tüchtigkeit zurückerobern. Denn das Fundament für neue Arbeitsplätze werden nicht durch die "Ich-AG" oder durch Staatszuschüsse geschaffen, sondern nur durch die Qualität der Ausbildung unserer Jugend, das Können unserer Bürger und die Bereitschaft, für das Vermächtnis Ludwig Erhards - Wohlstand für Alle - auf alle hergebrachten Bequemlichkeiten zu verzichten.

Das Volk hat mehr als unsere Politiker verstanden, dass tiefgreifende Reformen und drastische Einsparungen erforderlich sind. Doch wir Bürger haben nur Verständnis dafür, wenn die Politiker endlich selbst als Vorbild mit dem Sparen bei sich angefangen."

**Was haben Eichels und Dörners Haushalte 2003 gemeinsam?
Politischer Offenbarungseid Grund zum sofortigen Rücktritt.
Jetzt Platz machen für Zukunftsgestalter!**

"Der 19. Mai 2003 wird in der Finanzgeschichte der Bundesrepublik Deutschland als der Tag des Offenbarungseides eingehen: Bundesfinanzminister Hans Eichel musste dem Volk eingestehen, was Finanzexperten aller Parteien schon wussten: Der noch soeben mit viel Eigenlob versehene Entwurf des Bundeshaushalts 2003 ist Makulatur, bevor er überhaupt verabschiedet worden ist. Frappierend war die Kaltschnäuzigkeit Eichels, sein klägliches Scheitern einzugestehen: Dann sind die Zahlen eben anders als bisher gedacht, kann ja mal passieren. Das,

was hier passiert ist, ist die größte Fehleinschätzung oder die größte Finanzlüge, die jemals ein deutscher Finanzminister der Öffentlichkeit präsentiert hat. Doch Eichel sieht keinen Grund zum Rücktritt: Er bleibt im Amt. Politisches Gewicht hat er allerdings keines mehr: Seine Glaubwürdigkeit ist verspielt.

In Zeiten übertriebenen Staats- und Regierungskonsums gerät die Bundesrepublik Deutschland ungewappnet unter den Druck der Globalisierung

Denn die Zahlen, mit denen jetzt hantiert wird, lassen sich nicht mehr in einem sog. Nachtragshaushalt pressen. In Deutschland, im Land der Lügen, kommt jetzt die Wahrheit auf den Tisch. Und die lautet: Die amtlichen Steuerschätzer haben - absichtlich oder fahrlässig - falsch gerechnet. Der Steuerausfall ist um ein Zifaches höher als noch vor zwei Wochen vorgegaukelt wurde. Die Bundesrepublik Deutschland muss mit einem Einnahmeausfall bis in das Jahr 2006 von ca. 126 Milliarden Euro rechnen. Jetzt wird auch den letzten der Betonköpfe klar, dass es nicht damit getan ist, irgendwo einen Prozentpunkt von irgendwas einzusparen oder einen Euro Zusatz-Tabaksteuer auf jede Zigarettenschachtel zu erheben. Die Bürger haben das begriffen und wollen endlich die Wahrheit wissen. Die Politiker verleugnen die Wahrheit und fahren die deutsche Wirtschaft noch immer ungebremst gegen die Wand. Deshalb ist jetzt höchste Zeit zum Handeln.

Was die Zahlen des Bundesfinanzministers wirklich bedeuten

Hans Eichel musste die Steuerschätzungen für das Jahr 2003 um 8,7 % nach unten korrigieren, für das Jahr 2004 um 34,3 %, für das Jahr 2005 um 39,6 % und für das Jahr 2006 um 43,8 %. Jeder Bürger weiß, wie er reagieren müsste, wenn das seine Lohnsenkungen für die nächsten Jahre wären: Alles Überflüssige weglassen, sich noch mehr auf's Geldverdienen konzentrieren, seinen Arbeitsplatz verteidigen und sich langfristig mehr qualifizieren, um irgendwann einmal den Trend wieder umzudrehen. Aber über diese Intelligenz verfügen unsere Politiker im Gegensatz zum Bürger nicht. Ich stelle mir vor, was mit einem Bauingenieur passieren würde, der beim Brückenbau 40 % zu wenig Massen für Beton und Stahl einplant und die Brücke deshalb abgerissen werden muss: Könnte dieser Mann sagen: Die Zeiten sind so schwierig, da muss und kann nur ich im Amt bleiben? Was würde mit dem Kassierer in der Sparkasse passieren, der beim Kassensturz 40 % zu wenig Bargeld in der Kasse hat?

Die Ursachenforschung über den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands hat gerade erst begonnen

In Deutschland werden mit neuen Schulden die Schuldzinsen für die alten Schulden bezahlt. Die Insolvenzenwelle und die Massenarbeitslosigkeit lassen Unternehmen sowie Private um ihre bürgerliche Existenz kämpfen, aber die Reaktion des Bundeskanzlers lautet: Haste mal Steuer? Jeder konnte den nahtlosen Übergang der ruhigen Hand des Kanzlers in die hastige Hand im Portemonnaie des Bürgers spüren.

Der Verschwendungssucht des Politapparates muss Einhalt geboten werden

Mehr als acht Milliarden Euro gibt der Bund jedes Jahr für "allgemeine Verwaltungsdienste" aus. Da fällt dem Bürger wieder ein: *Wer die Gerd-Show sehen will, der muss auch zahlen.* Wäre es nicht endlich an der Zeit, dort mit dem ganz dicken Rotstift anzusetzen? Roland Koch als Hessischer Landesvater hat die Zeichen der Zeit erkannt und Vorbildfunktion übernommen: Die Landesregierung hat tatkräftig damit begonnen, die öffentliche Verwaltung zu rationalisieren und zu effektivieren. Zur Nachahmung für Berlin und Brandenburg empfohlen.

Die Versager machen Jagd auf Sündenböcke

Das deutsche Bundesfinanzministerium kommt nicht mehr an dem offiziellen Eingeständnis vorbei, dass für die Jahre 2003 und 2004 die 3 % - Marke des *EU-Maastricht-Vertrages* verletzt werden wird. Deutschland macht mehr Neuschulden als völkerrechtlich nach den EU-Verträgen zulässig. Und das kostet Milliarden an Bußgeldern. Doch was ist die Reaktion Eichels?

Er lässt gegenwärtig in Seelenruhe ein teures *Rechtsgutachten* fertigen, mit dem im Sinne des *Bundes* die Frage positiv geklärt werden soll, dass sich die *deutschen Länder* an einer durch die *EU* verhängten Konventionalstrafe wegen des Überschreitens der 3 % - Grenze des *EU-Maastricht-Vertrages* beteiligen müssen. In Milliardenhöhe will Eichel vornehmlich die CDU-geführten Bundesländer mit zur Kasse bitten: Die offizielle Begründung des Bundesfinanzministeriums: Gerade die *CDU-/CSU-geführten Länder* hätten die von der *Bundesregierung* geplanten Steuerreformen - so z.B. das *Steuerbegünstigungsabbaugesetz* - blockiert und seien mitschuldig. Da die deutschen Länder zu 55 % an der Staatsverschuldung beteiligt seien, so Eichel, müssten diese auch 55 % der Geldbußen bezahlen. Soll also vor dem Bundesverfassungsgericht ein Bund-Länder-Streit darüber ausgetragen werden, wer die Zahlungsbefehle aus Brüssel

übernimmt? Noch vor kurzem schien es so, als ob Eichel die Milliardenbußgelder aus Brüssel gar nicht interessieren würden. Gilt hier das Motto: Bis diese Geldbußen erhoben werden, sind wir gar nicht mehr im Amt.

Die Gemeinden und § 12 der Insolvenzordnung: Was nicht sein darf, das nicht sein kann

Kraft Gesetzes können deutsche Städte und Gemeinden nicht insolvent werden. Denn § 12 Insolvenzordnung besagt, dass über das Vermögen einer Stadt oder Gemeinde das Insolvenzverfahren nicht eröffnet werden darf. So sieht es das nationale Recht. Doch was soll ein Stadtkämmerer machen, wenn er in die leere Haushaltskasse blickt, wenn er nicht mehr weiß, wie er die Rechnungen und die Löhne und Gehälter für die Gemeindebediensteten bezahlen soll? Hilft ihm dann noch der Blick in das Gesetzbuch: Gott sei Dank, wir können ja kraft Gesetzes gar nicht pleite gehen. Wohl kaum. Es gibt in Deutschland Gemeinden, da ist das Aufkommen aus der *Hundesteuer* höher als aus der *Gewerbesteuer*. Und Bad Nauheim ist vielleicht schon auf dem Weg, auch zu diesem Kreis zu gehören.

Die bürgernahen Investitionen finden auf kommunaler Ebene statt

Unsere Politiker haben vergessen, dass die bürgernahen Investitionen auf kommunaler Ebene stattfinden. Deshalb muss die Finanzkraft der Kommunen verbessert werden. Aber die deutschen Gemeinden müssen in einen internationalen Wettbewerb um Kaufkraft, Industrieansiedlung, Tourismus treten und um Kaufkraft- und Kapitalzustrom kämpfen. Und deshalb brauchen wir eine pragmatische Betrachtung aller Aspekte und keinen Tanz ums goldene Kalb, etwa so, wie es der *US-Amerikaner* sieht: Alles was gut ist für General Motors, ist auch gut für Amerika: Wir müssten längst begriffen haben: Alles, was gut für Ansiedlung von Industrieunternehmen ist, ist auch gut für Deutschland. Und für Bad Nauheim. Alles, was gut für Tourismus nach Deutschland ist, muss umgesetzt werden: Auch in Bad Nauheim.

Die Städte müssen lernen, untereinander in Wettbewerb zu treten

Einige tüchtige Bürgermeister in Deutschland haben begriffen, dass man untereinander im Wettbewerb steht und in Wettbewerb treten muss. Die deutschen Kommunen müssen in Wettbewerb treten und nicht dem Wettbewerb ausweichen. Das gilt insbesondere auch bei dem Rating als führende Fremdenverkehrsstadt. Hier ist ein bundesweites Umdenken erforderlich.

Ich habe nie verstehen können, warum Deutschland sich nicht längst als das kommende, führende Tourismusland Europas versteht? Warum haben wir keinen Tourismusminister wie andere Länder auch? Sind wir uns dazu zu schade? Wäre das unserem Nationalstolz etwa abträglich? Ich sage nein. Deutschland ist so schön, dass es sein Bruttosozialprodukt allein im Tourismusgewerbe erwirtschaften könnte. Und wäre es weiter falsch, wenn wir alle wieder einmal Urlaub im eigenen Lande machen würden? Damit auch der Gastwirt und der Hotelier in Bad Nauheim wieder eine volle Kasse hat? Wie vermarktet eigentlich Bad Nauheim seinen Status als schönste Jugendstilstadt Deutschlands? Wer weiß 20 km von der Ortsgrenze von den schönen Parks, von den Naherholungsmöglichkeiten, von der Grünen Lunge im Rhein-Main-Gebiet? Wer nicht wirbt, wird vergessen. Also müssen wir werben, für mehr Sport- und Kulturveranstaltungen. Denn das Gewerbesteueraufkommen kann nur so gesteigert werden, dass die Betriebe wieder höhere Gewinne haben und die Gewerbesteuer gezahlt werden kann, ohne dass die Existenz ruiniert ist.

Geldverschwendung führt zum Investitionsstau - Hessen erlässt Haushaltssperre!

Das Land kassiert in diesem Jahr mindestens *500 Millionen Euro* Steuern weniger als erwartet und stoppt deshalb alle Zahlungen, zu denen es nicht gesetzlich oder vertraglich verpflichtet ist. Ausgenommen von der Haushaltssperre sind bereits laufende Bauvorhaben, die zugesagten Mittel der Hochschulen und das Programm besserer Schulunterricht.

Für den Bürger wird die Kapitalknappheit auf kommunaler Ebene besonders spürbar: Gemeindestrassen mit Schlaglöchern, Streichung von Nahverkehrslinien, keine Investitionen für Wasser- und Abwasseraufbereitung usw. verschlechtern langfristig die Lebensqualität. Was Deutschland deshalb braucht? Eine Wiederaufbaustimmung wie nach dem Krieg, so wie es die Alten uns von damals erzählen. Da müssen wir wieder mehr zuhören. Im Bürgerkonvent, einer politischen Initiative aus der Mitte des Volkes, stand ein Satz, der Bürger wie Politiker nachdenklich stimmen sollte:

Deutschland ist besser als jetzt

Millionen von Trümmerfrauen und Kriegsheimkehrern haben Deutschland aus Schutt und Asche aufgebaut und zur drittgrößten Industrienation gemacht. Und da erlauben wir es uns, vor dem Problem einer Rentenreform, einer Reform der Krankenkassen,

einer Arbeitsmarktreform zu kapitulieren? Gemessen an den Problemen von damals ist nicht erklärbar, warum in Deutschlands Politik nichts mehr funktioniert. Sind jetzt nur noch die Wohlstandskinder an den Schaltstellen der Politik? Wollen die Parlamente die Bildung des politischen Willens einem Bürgerkonvent überlassen? Wie viel Wert hat eine parlamentarische Demokratie, wenn sich die Bürger in keiner der politischen Parteien mehr zu Hause fühlen? Auf alle diese Fragen brauchen die Bürger vernünftige Antworten.

An die Stelle einer soliden Stadtkämmererpolitik sind abenteuerliche Finanzierungsmodelle getreten

Die Finanznot der Kommunen hat Ideen zur Kapitalbeschaffung geboren, die noch vor Jahren als wahre Schildbürgerstreiche verstanden worden wären. Eine Konstruktion der Liquiditätsbeschaffung, die immer mehr Anhänger bei Deutschlands Stadtkämmerern findet, ist das sog. "*Cross-Border-Leasing*", sie soll eine besonders wirksame Waffe *deutscher* Kommunen gegen die drohende Illiquidität sein. Doch diese Form der kommunalen Finanzierung ist äußerst umstritten. So formiert sich z.B. die Gruppe ATTAC - Globalisierungsgegner - gegen das beschlossene Vorhaben der Stadt Frankfurt am Main, die U-Bahn-Röhren an einen US-Investor zu verleasen.

Tatsache ist: Die Kommunen verlieren die wirtschaftliche Entscheidungsgewalt über die Lebensgrundlagen des Volkes, wenn mit dem sog. *Cross-Border-Leasing* die technischen Einrichtungen der Gemeinden für die sog. Daseinsvorsorge, z.B. die Trinkwasseranlagen, die Abwasser- und Klärwerke, das U-Bahn-Netz, Elektrizitätswerke und Energieanlagen usw. an ausländische Investoren verleast werden, um sie dann wieder sogleich von z.B. *US*-Investoren zurückzumieten.

Die Gefahr einer Überfremdung und Fremdbestimmung ist bei den Cross-Border-Leasing-Modellen nicht von der Hand zu weisen

Wo also sind die Grenzen einer derartigen Kommunalfinanzierung? Wie viel Eigenständigkeit muss den *deutschen* Gemeinden verbleiben, damit die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge gesichert ist? Wie viel Einfluss ausländischer Geldgeber auf die Entwicklungspotentiale einer Stadt ist noch hinnehmbar? Die Grenzen sind nach meiner Ansicht in *Frankfurt am Main* und in *Nürnberg* - auch dort wird die U-Bahn an *US*-Investoren verleast - schon überschritten.

US-Investor will ganz Nieder-Mörlen mit seinen Bürgern leasen

Was würden die Bad Nauheimer Bürger sagen, wenn sie so etwas in der Wetterauer Zeitung oder der Stadtzeitung lesen müssten? Wahrscheinlich würden sie entrüstet bei Herrn Rohde anrufen, so wie die Bürger von Köln-Porz. Denn im Kölner Stadtanzeiger stand schon ähnliches: "*Ganz Köln-Porz von US-Investor für Rekordsumme von 780 Millionen Euro übernommen*". Da war die Aufregung groß. Und dann kam die Entwarnung: Das Datum der Zeitungsausgabe: 01. April 2003.

Doch die Grenzen zwischen *Aprilscherzen* einerseits und einer *katastrophalen Entwicklung der Kommunalfinanzierung* andererseits sind fließend. Vielleicht ist das alles schon im Jahre 2004 kein Aprilscherz mehr. Ich will jedenfalls eine Politik für Bad Nauheim, in der ich mir keine Sorgen darüber machen muss, dass es eines Tages heißt: *Alle Kur- und Parkanlagen von ausländischem Investor übernommen. Kaufpreis sichert die Kommunalausgaben für acht Wochen. Betreten der Kuranlagen nur noch für privilegierte Abonnenten.*

Der Haushaltsplan Bad Nauheims muss auf seine Solidität überprüft werden. Die Wähler werden fragen: Was haben Rohde, Dörner und Bennemann seitdem nach vorn gebracht? Die Bad Nauheimer Bürger will ich ermuntern, so laut darüber zu diskutieren, dass man es endlich auch im Rathaus hört. Der Bad Nauheimer Haushaltsplan ist nicht einmal im Ansatz auf die Zukunft der Stadt ausgerichtet, weder im sozialen noch im wirtschaftlichen Bereich. Man verschläft die letzte Chance: Entweder die Politiker reißen das Ruder herum oder sie treten zurück."

(II)

Munk, Nicole, Uns droht eine Massenarmut, in Bad Nauheimer Stadtzeitung Nr. 595 vom 09.05.2003, S. 1.

(III)

Munk, Nicole, Gewerkschaften haben Mehrheit, in Bad Nauheimer Stadtzeitung Nr. 595 vom 09.05.2003, S. 2.

(IV)

Munk, Nicole, Was haben Eichels und Dörners Haushalte 2003 gemeinsam? in: Bad Nauheimer Stadtzeitung Nr. 595 vom 09.05.2003, S. 1.

(V)

Munk, Nicole, Es ist wie auf der Spielbank – Politiker haben unsere monatlichen Rentenbeiträge verspielt, in: Bad Nauheimer Stadtzeitung Nr. 598 vom 30.05.2003, S. 2.

[\[1\]](#)